

Noam Chomsky Interview: Erfolgreich Politik verändern

Diese Abschrift gibt aufgrund der Audioqualität oder anderer Faktoren den Inhalt möglicherweise nicht 100% wortgenau wieder.

Thomas Pogge (TP): Dieses Interview mit Professor Noam Chomsky wurde am 28. Oktober 2019 in seinem Büro an der Universität von Arizona in Tucson aufgenommen. Der Interviewer ist Thomas Pogge.

Professor Noam Chomsky, Sie haben 70 Jahre lang Politik analysiert und versucht, sie zu verändern. Wenn Sie auf diese Zeit zurückblicken, was betrachten Sie als Ihre wichtigsten Fortschritte und Misserfolge?

Noam Chomsky (NC): Nun, ich nehme an, ein Erfolg den ich nie erwartet hätte, steht im Zusammenhang mit dem, relativ zur Größe der Bevölkerung, schlimmsten Gemetzel seit dem Zweiten Weltkrieg, der Indonesischen Invasion von Osttimor. Das Gemetzel wurde von den USA, den Westmächten, stark unterstützt und hätte jederzeit beendet werden können. Unser Engagement erschien völlig aussichtslos. Einige größtenteils junge Leuten organisierten sich. Nach 25 Jahren war es dann endlich möglich, genügend Druck auf die USA auszuüben, so dass der Präsident das tat, was er all die Jahre schon hätte tun können: die Sache abzublasen. Das aber erst, nachdem fast ein Drittel der Bevölkerung vernichtet war. Es war einer der einseitigsten Konflikte die ich mir vorstellen kann, ein winziges Land mit 600.000 Menschen, das sich einer Großmacht zur Wehr setzt, Indonesien, die von den USA und den europäischen Mächten unterstützt wurde. Endlich erfolgreich. Das war ein unerwarteter Erfolg.

Misserfolge: zu viele, um sie aufzuzählen. Fast alles scheitert in irgendeiner Hinsicht. So habe ich z.B. viel Zeit und Mühe in Opposition gegen die Indochina-Kriege der USA investiert, mich am Widerstand beteiligt und eine lange Gefängnisstrafe riskiert. Nach vielen Jahren gab es schließlich eine Art Übereinkunft, aber erst als die Länder praktisch ruiniert waren, wovon sie sich nie erholt haben. Das war also nur zu einem kleinen Teil erfolgreich, und im Wesentlichen ein Misserfolg.

Es gibt andere Initiativen, die erfolgreich hätten sein können, aber fast völlig gescheitert sind, wie der Versuch, einige Rechte für die palästinensische Bevölkerung unter israelischer Besatzung zu erhalten. Das hat wirklich gar nichts gebracht. Und eigentlich sollte es nicht schwierig sein, das zu erreichen. Es ist seit vielen Jahren bekannt, was die Lösung sein sollte, aber es gibt halt keine Möglichkeit insbesondere die USA dazu zu bringen, die erforderlichen Schritte zu einzuleiten.

Im Inland hat es allerdings recht viel Fortschritt gegeben. Die Bürgerrechtsbewegung hatte einige Erfolge. Sie waren begrenzt, dennoch wichtig. Die Frauenbewegung, an der ich persönlich nicht besonders beteiligt war, hatte erheblichen Erfolg. Die Umweltschutzbewegungen haben es von Nichts zu erheblicher Bedeutung gebracht.

Andere Mobilisierungen sind Teilerfolge. Ich war intensiv beteiligt am Widerstand gegen Reagans terroristische Kriege in Mittelamerika. Dieser Widerstand war nicht nur stark, sondern auch einzigartig in der Geschichte. Es war das erste Mal in der Geschichte des Imperialismus, dass Bürger der Imperialmacht nicht nur protestiert haben (was selten genug ist), sondern tatsächlich zu den Opfern umgesiedelt sind, um zu versuchen, ihnen zu helfen, ihnen den Schutz gegen staatlichen Terror zu gewähren, den ein weißes Gesicht vielleicht bieten mochte. Tausende ganz normaler US Bürger, auch evangelische Kirchengemeinden in ländlichen Regionen, beteiligten sich intensiv daran. Schwer zu sagen, ob das ein Erfolg war oder nicht. Ein paar hunderttausend Menschen wurden getötet, Länder wurden zerstört und sind selbst heute noch nicht wieder funktionstüchtig. Dennoch war es nicht wie Vietnam. Die Regierung wurde daran gehindert, das zu tun, was John F. Kennedy und Lyndon Johnson ohne heimische Proteste taten: chemische Angriffe zur Vernichtung von Ernten und Vieh, großräumige ethnische Säuberung, Zwangseinweisung in Konzentrationslager, B-52 Bombardierungen dicht besiedelter Gebiete. All das wurde [in Mittelamerika] nicht getan, wäre aber passiert, meine ich, wenn es die Proteste nicht gegeben hätte.

Tatsächlich kann man das sogar über den Krieg im Irak sagen. Dieser Krieg, bei dem ich mich ebenfalls engagiert habe, war das erste Mal in der Geschichte des Imperialismus, dass es massive Proteste gegen einen größeren Aggressionskrieg gab noch bevor dieser offiziell begonnen hatte. Trotzdem fand er statt. Er war schrecklich genug. Viele Folgen, darunter ISIS und andere. Trotzdem, auch hier, die Bush-Regierung und ihre Nachfolger hatten keine Möglichkeit, das zu tun, was die US-Regierung jahrelang und ohne Sanktionen in Indochina hatte tun können.

Was kann man zusammenfassend sagen? Ich kann sicherlich auf nichts verweisen, das man einen vollen Erfolg nennen könnte. Es gibt Teilerfolge. Und es gibt Fehlschläge, wo man das, was man als machbar erhoffte, nicht geschafft hat.

TP: Ich möchte gern etwas tiefer in das einsteigen, was man aus den Erfolgen und Misserfolgen lernen kann. In den letzten 70 Jahren haben wir zweifellos einige Verbesserungen erlebt, wie Sie gesagt haben. Dennoch sind die Lebensbedingungen in vielerlei Hinsicht schrecklich, mit viel Armut, mit viel ökologischer Zerstörung unseres Planeten, mit gewalttätigen Konflikten, die Millionen von Flüchtlingen erzeugen, mit Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und andere gefährliche Technologien im Kontext eines Systems stark rivalisierender Staaten und mit zunehmender Ungleichheit, die Demokratie zersetzt. In Politik und Wirtschaft ist Korruption weitverbreitet, erleichtert durch ein gewaltiges Netzwerk von Steueroasen, Briefkastenfirmen und korrupten Anwälten, Buchhaltern, Bank-Managern und Finanzberatern. Angesichts dieser und anderer großer Probleme haben wir natürlich einen praktischen Grund, optimistisch zu sein und einander zu sagen, dass eine bessere Welt möglich ist, wenn wir nur hart genug dafür arbeiten. Aber wenn Sie die Menschenwelt nüchtern aus der Sicht eines erfahrenen Beobachters der menschlichen Angelegenheiten betrachten, wie wahrscheinlich erscheint Ihnen dann eine heitere Zukunft für die Menschheit? Wie wahrscheinlich ist es, dass die Menschheit jemals die einigermaßen gerechte globale politische Ordnung verwirklichen wird, die wir anstreben und für möglich halten?

NC: Hier müssen wir eigentlich eine andere Frage vorschalten. Wie wahrscheinlich ist es, dass die Menschheit überhaupt eine Zukunft hat – heiter oder dunkel. Wir müssen uns klarmachen, dass, zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte, das Überleben von organisierter menschlicher Gesellschaft in uns bekannter Form von Entscheidungen abhängt, die in den nächsten paar Jahren getroffen werden.

Die Umweltkrise ist äußerst gravierend. Vor ein paar Wochen las ich einen Artikel von einem der Leiter des *IPCC-Berichts* und des *Bulletin of Atomic Scientists*, der wichtigsten Zeitschrift zu all diesen Themen, in dem er so anfängt: „Lasst uns Klartext reden. Die Zeit für Panik ist gekommen.“ Wir haben keine Zeit mehr. Wir haben noch ein paar Jahre, um diese Problem zu lösen. Danach ist es zu Ende.

Schauen Sie auf die andere große Bedrohung, die seit 75 Jahren über unseren Köpfen schwebt, seit dem 6. August 1945, einem Tag, den ich nie vergessen werde. Angesichts der Fakten ist es ein reines Wunder, dass wir überlebt haben. Leider ist sind diese Fakten weitgehend unbekannt. Der ehemalige US Verteidigungsminister William Perry hat kürzlich gesagt, dass er große Angst hat. Doppelte Angst. Einmal vor dem Ausmaß der sich zusammenbrauenden Gefahr und zweitens, weil ihr fast keinerlei Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Er könnte noch einen dritten Grund für solche Angst hinzufügen, nämlich dass diejenigen, die sehr wohl verstehen, was sie tun, die Gefahr bewusst eskalieren lassen bis hin zur großen Katastrophe. Nehmen wir etwa, was vor ein paar Wochen passierte: die

Trump-Administration feierte Hiroshima-Tag durch Ausstieg aus dem Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) Vertrag, dem Gorbatschow-Reagan-Vertrag, der 20 Jahre lang ein Minimum an Frieden und Stabilität gewährleistet hatte. Kurzstreckenraketen in Europa könnten leicht einen massiven Atomkrieg, einen Letztkrieg auslösen. Die Reagan-Administration stand unter Druck – hier komme ich auf Ihre frühere Frage zurück – durch breite Mobilisierung der Bevölkerung und Aktivismus, welche die Grundlage waren für ihre Schritte in Richtung auf Abrüstung. Die Trump-Administration hat diese Abrüstung demontiert und die Russen fast angefleht, dasselbe zu tun.

Unmittelbar nach Austritt aus dem Vertrag testete das Pentagon eine Rakete. Der Test war offensichtlich schon lange vorbereitet, ein eindeutiger Vertragsbruch. Man gab der Rüstungsindustrie grünes Licht, und sie war ekstatisch. Unsummen für Entwicklung neuer exotischer Waffensysteme, Überschall-Flugkörper, gegen die es keine Abwehrmöglichkeit gibt. Sie jubeln, und denken schon darüber hinaus an die weiteren Aufträge, die sie bekommen werden, zur Erfindung von Abwehrmaßnahmen gegen die Systeme, die sie jetzt entwickeln. Wir können sicher sein, dass die Russen dasselbe tun werden; andere wohl auch. Das macht totale Vernichtung erheblich wahrscheinlicher.

Über Perry hinausgehend haben wir also drei Gründe zu größter Besorgnis. Erstens, die steigende Bedrohung. Zweitens, die fast völlig fehlende Beachtung der Bedrohung. Drittens, die bewusste, sehr bewusste Eskalation der Bedrohung durch Menschen, die genau wissen, was sie tun.

Dasselbe gilt für die Umweltkatastrophe. Die Gefahr ist sehr real. Endlich entwickelt sich ein gewisses Maß an Protest, vor allem von jungen Menschen. Aber die Leute, die genau verstehen, was sie tun, beeilen sich, die Gefahr weiter zu schüren. Ein bekanntes und gut erforschtes Beispiel ist Exxon Mobil. Die Exxon-Wissenschaftler waren in den 60er und 70er Jahren führend bei der Untersuchung der globalen Klimaerwärmung und deren katastrophalen Auswirkungen und sie verfassten die besten Arbeiten zu diesem Thema. Diese gingen natürlich an die Geschäftsführung. Und diese reagierte schließlich – in den späten 80er Jahren, als das Thema vor allem durch James Hansens berühmter Rede im Jahr 1988 an die Öffentlichkeit gelangt war – indem sie Geld in Verleugnung investierte. Nicht konkrete Leugnung; sie wollten nichts sofort Widerlegbares sagen. Sondern die raffiniertere Strategie des Zweifel Säens: Woher sollen wir das wissen? Wir haben die Bewölkungsdichte nicht untersucht?

Hier kann man auch an Ökonomen appellieren – von denen gibt es viele, in allen Teilen der Welt – die uns sagen, dass es am besten ist, die Wirtschaft erstmal wachsen zu lassen. Die reicheren Gesellschaften werden die Sache dann schon in Ordnung bringen. Das erinnert an den Witz von einem Mann, der vom Dach eines Hochhauses fällt und seinem Freund im 50. Stock zuruft, dass alles wunderbar läuft und ja immer gut geklappt hat. Das ist die

Einstellung der Wirtschaftswissenschaften, größtenteils.

Die US Regierung, insbesondere unter Trump, ist der Erzverbrecher der Menschheitsgeschichte. Im wahrsten Sinne des Wortes. Nicht einmal Hitler strebte die Zerstörung organisierten menschlichen Zusammenlebens an. Aber genau das tun die, und sie wissen es.

Vor etwa einem Jahr z.B. veröffentlichte eine von Trumps Behörden, die National Highway Traffic Safety Administration (NHTSA), eines der erstaunlichsten offiziellen Dokumente in der Geschichte der Menschheit. Diese sehr sorgfältige und detaillierte 500-seitige Umwelteinschätzung prognostizierte, dass bis zum Ende des Jahrhunderts die Temperatur um 4 Grad Celsius ansteigen würde. Das ist ein Temperaturanstieg, der von der Weltbank als katastrophal bezeichnet wird und von den Wissenschaftlern als das Doppelte dessen, was vereinbar wäre mit der Hoffnung, organisiertes menschliches Zusammenleben zu erhalten. Nachdem sie zu diesem Schluss gekommen waren, empfahlen sie eine Entscheidung. Wir sollten nichts zur Reduktion von KfZ-Emissionen tun. OK? Und das Argument ist durchaus triftig. Es ist sowieso bald alles vorbei, also lasst uns Spaß haben und aus den wenigen verbleibenden Jahren so viel Profit wie möglich herausholen. Hat es so etwas in der Menschheitsgeschichte schon einmal gegeben? Auch nur ansatzweise?

Hier kommen wir wieder auf die dreifache Angst zurück. Was die NHTSA voraussagt, ist schrecklich. Die Reaktion war praktisch null. Ein paar Artikel in der Presse und dann vergessen. Und diejenigen, die wissen, was sie tun, arbeiten auf Hochtouren, um genau jenes Resultat herbeizuführen. Nehmen Sie etwa die Großbanken, JP Morgan Chase, die größte. Ihr Hauptgeschäftsführer, Jamie Dimon, weiß alles, was wir wissen, über die Erderwärmung. Er ist ein gebildeter Mensch. Und wie reagiert er? Indem er mehr Geld in die Ausbeutung fossiler Brennstoffe pumpt, einschließlich der gefährlichsten Brennstoffe wie kanadischen Teersand, genau wissend, was das für Konsequenzen hat. Es würde mich nicht wundern, wenn er privat den Sierra Club unterstützt. In seiner institutionellen Rolle aber setzt er sich dafür ein, auf die Katastrophe zuzurasen, weil sie dadurch Profite erzielen. Exxon Mobil hat tatsächlich angekündigt, dass ihre Geschäftsstrategie darauf abzielt, fossile Brennstoffe zu maximieren, kein Geld auf nachhaltige Energie zu verschwenden, selbst wenn das profitabel (wenn auch weniger profitabel) ist. So rasen sie überall weiter vorwärts. Nun, das ist ein Teil der Welt, mit der wir konfrontiert sind.

Der andere Teil der Welt besteht aus Organisationen wie der Extinction Rebellion, Sunrise Movement, kleinen Gruppen junger Menschen, die mit ihren Protesten etwas Spektakuläres erreicht haben und auch Fortschritte beim Klimawandel zu machen versuchen. Sie saßen in Büros von Kongressabgeordneten und wurden unterstützt von einigen der jungen Frauen, die kürzlich gewählt wurden, auf der Welle der Sanders-Bewegung, vor allem Alexandria Ocasio-Cortez. Und es gelang ihnen, einen Green New Deal auf die legislative Agenda zu

setzen. Ein Green New Deal in irgendeiner Form ist Voraussetzung fürs Überleben. Vor zwei Jahren haben die Leute, wenn sie davon hörten, nur darüber gelacht. Heute steht das auf der legislativen Agenda. Es gibt Pläne, das voranzutreiben, vielleicht nicht in dieser Form, aber sicherlich in irgendeiner.

Es gibt also Fortschritte und es gibt diese beiden rivalisierenden Kräfte. Sie sehen sehr ungleich aus, ähnlich wie im Fall Osttimor. Auf einer Seite haben wir junge Menschen, die überleben wollen. Auf der anderen stehen die wichtigsten Institutionen der Gesellschaft, die mehr Geld in ihre übervollen Taschen stecken wollen – egal ob die Menschheit das überlebt oder nicht. Das, im Kern, ist der Konflikt – ein sehr ungleicher.

Aber dasselbe gilt, vielleicht noch mehr, für das Atomwaffenthema, weil es dazu derzeit nur ganz schwache Volksbewegungen gibt. In den frühen 80er Jahren waren sie noch riesig, aber seitdem sind sie geschrumpft und weitgehend unbekannt. Wenige wissen vom INF-Vertrag oder seiner Bedeutung. Die USA haben behauptet, dass sie aus dem Vertrag ausgestiegen sind, weil die Russen ihn verletzt hätten. Das wird überall berichtet. Nicht berichtet wird, dass die Russen seit Jahren behaupten, dass die USA den Vertrag verletzten. Ihre Behauptungen werden von amerikanischen Experten ernst genommen. Das *Bulletin of Atomic Scientists* brachte kürzlich von einem führenden amerikanischen Experten zu diesem Thema, Theodore Postol, einen Leitartikel, der die russischen Behauptungen beschrieb und als ziemlich glaubwürdig einstufte. Die Raketenabwehrstellungen direkt an der russischen Grenze sind schon jetzt eine Bedrohung. Sie wurden dort mit der lächerlichen Begründung platziert, man müsse Europa gegen nicht-existente iranischen Raketen verteidigen. Da kann man nicht mal mehr lachen.

Es ist allgemein akzeptiert, dass Raketenabwehrraketen [anti-ballistic missiles] keine Abwehrwaffen sind. Sie sind Erstschlagwaffen. Zwar können sie keinen Erstschlag vornehmen, aber sie können den Vergeltungsschlag gegen einen Erstschlag abfangen. Insofern sind sie wesentlich Erstschlagwaffen, direkt an der russischen Grenze. Postols Analyse zeigt, dass solche Raketen sowohl offensiv also auch defensiv eingesetzt werden können. Sie können leicht zu Angriffswaffen modifiziert werden, wie der jüngste Raketentest ja bestätigt. Die Technologie, die bei diesem Test im August zum Einsatz kam, unter Verletzung des INF-Vertrags, ist weitgehend dieselbe wie die im Raketenabwehrsystem.

Hier hat man also zwei Großmächte, von denen jede argumentiert, dass die andere einen wichtigen Vertrag verletzt habe. Es ist offensichtlich, was in einer vernünftigen Welt passieren würde. Beide Seiten würden Verhandlungen anstreben und einen externen, unabhängigen Experten damit beauftragen, die Fakten zu ermitteln und das Problem zu lösen. Das ist nicht unsere Welt. In unserer verrückten Welt zerreißen sie den Vertrag und versuchen, noch destruktivere Waffen zu entwickeln, – ohne damit Aufmerksamkeit zu

erregen. Das ist unsere Welt. Und hier sind wir leider wieder beim zweiten und dritten Grund, Angst zu haben. Wenig Aufmerksamkeit, und die Beteiligten rasen bewusst vorwärts, auch die, die einigermaßen respektiert werden, wie etwa Jim Mattis, der sich aus der Trump-Administration zurückgezogen hat, weil er deren Politik nicht mehr ertragen konnte, und der fast mit Ehrfurcht als der einzige ernstzunehmende Erwachsene betrachtet wird. Er war es, der die neue nationale Sicherheitsstrategie ausgeheckt hatte, die eigentlich wahnsinnig ist. Ihr zufolge sollen die USA sich darauf vorbereiten, zwei Atomkriege gleichzeitig gegen China und Russland zu gewinnen. Das ist mehr als Wahnsinn. Schon bei Ausbruch eines einzigen Atomkriegs würden alle an den Folgen eines nuklearen Winters sterben, auch diejenigen, die den Erstschlag durchgeführt hatten. Die suchen also nach Mitteln, die Welt 50-fach zu zerstören. Man weiß nicht, was man dazu sagen soll. Und er [Jim Mattis] wird respektiert. Nun, das ist das Problem auf institutioneller Ebene.

Auf der menschlichen Ebene haben wir Volksbewegungen, meist junge Leute – allerdings nicht so sehr in Bezug auf das Thema Atomkrieg. Und wenn man sich den Problemen zuwendet – das ist interessant – da hat das *Bulletin of Atomic Scientists*, wie Sie wissen, eine Atomkriegsuhr, die sie jedes Jahr neu stellen. Letztes Jahr haben sie sie so nah wie nie zuvor an Mitternacht gestellt: Zwei vor Zwölf, was sie das "neue Abnormale" nennen. Und sie haben dafür neue Gründe hinzugefügt. Früher war es natürlich die nukleare Bedrohung, in jüngeren Jahren die ökologische. Aber diesmal fügten sie einen dritten Grund hinzu: Zerfall und Zerstörung demokratischer Foren. Das klingt etwas anders, macht aber Sinn. Demokratische Foren bieten die einzige Möglichkeit, die ersten beiden Probleme zu bewältigen. Wenn diese Foren zerfallen.... Sie haben da besonders auf den Zusammenbruch der Nachrichtensysteme verwiesen, auf die Überschwemmung dieser Systeme mit absichtlichen Falschmeldungen. Das ist eine ganz totalitäre Taktik: das Nachrichtensystem mit so vielen Lügen zu überfluten, dass die Menschen nicht einmal mehr wissen, ob es überhaupt einen Unterschied zwischen Wahr und Falsch gibt. So eliminiert man die Möglichkeit, rationaler und gut durchdiskutierter Kollektiventscheidungen, mit denen man die drängenden Probleme bewältigen könnte. Das ist eine zweckdienliche Taktik für die, die Profit und Macht maximieren wollen, denen die Zukunft egal ist, und die gern bereit sind, demokratischen Foren zu zerstören.

Das ist wirklich ein Auswuchs der neoliberalen Politik, die vor einer Generation eingeführt wurde, von Reagan, Thatcher, so ziemlich allen seitdem. Man brauchte kein Genie zu sein, um genau das vorherzusagen, was passiert ist, dass es zu einer hohen Vermögenskonzentration kommen würde, zur derzeitigen. So sieht es in den USA jetzt aus: 0,1% der Bevölkerung besitzen mehr als 20% des Privatvermögens; und die ärmere Hälfte hat Minusvermögen. Das ist eine unmittelbare Folge jener Politik – am extremsten in den USA, aus verschiedenen Gründen, aber es passiert überall. Stagnation für die Mehrheit. Demokratieverfall ist eine fast direkte Folge der Konzentration von Reichtum, der die Politik bereits stark dominiert. Besonders der Abbau von Sozialleistungen führt

natürlich dazu, dass die Menschen Wut, Ressentiment und Verachtung für die Institutionen empfinden. Das sieht man bei jeder Wahl: Die Parteien der Mitte brechen ein. Das ist ein sehr fruchtbares Feld für Demagogen, die versuchen können, frustrierte und verärgerte Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren indem sie deren Aufmerksamkeit nicht auf die Ursachen des Problems (die lässt man lieber beiseite), sondern auf Sündenböcke richten, auf Menschen, die noch gefährdeter sind, als sie selbst: auf Immigranten, Muslime, Schwarze und so weiter. Das ist eine sehr gefährliche Konstellation – von derselben Art wie derjenigen, die zu den Schrecken des Faschismus führte.

Sie sagten, ich hätte mich 70 Jahre lang mit Politik beschäftigt. In Wirklichkeit waren es 80. Meinen ersten Artikel schrieb ich 1939 über die Ausbreitung des Faschismus, die damals unaufhaltsam erschien. Keine sehr tiefe Einsicht, die Auffassung eines 10-Jährigen. Aber es war ziemlich offensichtlich, was da vor sich ging. Das war unmittelbar nach dem Fall von Barcelona, der die Spanische Republik beendete. Österreich und die Tschechoslowakei wurden eingenommen. Es sah so aus, als gäbe es kein Ende. Und wir sind in gewisser Weise wieder da angekommen. Trump ist bei weitem nicht Hitler, er hat weder dessen Ideologie noch dessen Ziele, aber wenn man seinen Kundgebungen zuhört, weckt das Kindheitserinnerungen an Radiosendungen von Hitlers Reichsparteitag, bei denen ich nicht die Worte verstand, aber doch die Emotionen, die Leidenschaft. Es war beängstigend, das wieder zu erleben. Ich denke, dass wir auch auf diesem Gebiet – Politik und Wirtschaft, die eng miteinander verknüpft sind – in eine Gefahrenzone vorstoßen.

Glücklicherweise gibt es auch hier Widerstand. In den USA hatten Bernie Sanders und die von ihm mitbegründete Bewegung große Wirkung. Ein großer Teil der Bevölkerung will jetzt mindestens zu einer traditionell sozialdemokratischen New Deal Politik übergehen, was eine große Veränderung wäre. Solch ein großer Fortschritt würde vieles von dem untergraben, was gerade vor sich geht. Und dasselbe gilt für Europa. Es wird ein langer Kampf werden. An fast jeder Front gibt es diese Art von Konfrontation.

Es ist nicht das erste Mal. Dies ist im Grunde genommen ein Klassenkampf, der weit in die Geschichte zurückreicht, in vielen anderen Konstellationen. Er hat gerade einen besonders bedrohlichen Charakter angenommen, weil die Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, enorm sind, was man nicht überschätzen kann. Es ist buchstäblich der Fall, dass die gegenwärtige Generation bestimmen muss, ob organisierte menschliche Gesellschaft fortbestehen wird. Es geht um nichts Geringeres als das.

TP: Werden wir in der Lage sein, das aufzuhalten?

NC: Nun, zurück zu meiner Vorhersage als 10-Jähriger. Für mich sah es zu dem Zeitpunkt unaufhaltbar aus. Ich wusste es damals natürlich nicht, aber die US-Regierung hatte mehr oder weniger denselben Eindruck. Wir wussten es damals nicht. Wir wissen heute, dass das

Außenministerium und das Council on Foreign Relations – das ist ein nicht-staatlicher, vorwiegend korporativer Verein, der sich mit außenpolitischen Themen beschäftigt – dass diese beiden 1939 eine Arbeitsgruppe gegründet hatten, die sogenannte “War & Peace Studies Group”, um sich auf die Nachkriegszeit vorzubereiten. Dazu liegen heute sehr detaillierte Studien vor. 1939 gingen sie davon aus, dass die USA aus dem Krieg sehr mächtig und siegreich hervorgehen würden; das stand außer Frage. Aber man nahm auch an, dass es eine weitere Großmacht – die Deutschen – geben würde, dass die Welt aus einer US-geführten Region und einer deutsch-geführten Region bestehen würde. Auch ich, als kleines Kind mit sehr begrenztem Wissen, hatte so ungefähr dieselbe Vermutung. Da gab es dann die US-Einflusszone, die sie das Grundgebiet nannten, zu dem natürlich der ganze amerikanische Kontinent gehören würde, sowie auch das von den USA zu übernehmende ehemalige britische Reich, einschließlich dem Nahen Osten, und dann noch Asien. Die Deutschen würden den Rest der eurasischen Region regieren.

Diese Einschätzung blieb bis 1943 bestehen, bis Stalingrad und der riesigen Panzerschlacht von Kursk, durch die recht deutlich wurde, dass die Russen die Deutschen besiegen würden, wobei die Amerikaner und die Briten sich eher abseits halten würden, so wie es dann ja auch gekommen ist. Zu dieser Zeit wechselte man zu einer neuen Einschätzung über: Es würde immer noch zwei Welten geben, nun aber mit einem anderen Feind.

Tatsächlich dachten die Briten, insbesondere Churchill selbst, bereits darüber nach, wie wir einen Krieg gegen Russland organisieren könnten. Churchill hatte einen unglaublichen Plan, der vom britischen Militärstab kam und einen Versuch vorsah, die Wehrmacht und die deutsche Industrie aufzuheben für einen sofortigen Krieg gegen Russland. Als der Krieg vorbei war, wurde dieser Plan verworfen, wahrscheinlich von Roosevelt. Aber so dachte man damals.

Und dann kam die Nachkriegszeit. Viele Pläne der War & Peace Studies Group wurden später im Planungsbüro des Außenministeriums ausformuliert und viele Jahre lang auch weitgehend umgesetzt. Das führt uns direkt in die Nachkriegswelt. Und so ging es dann weiter. Als die Sowjetunion zusammenbrach gab es die Illusion, dass wir nun eine Zeit des Friedens genießen würden, mit Friedensdividende, Kürzung des Pentagonetats, und so weiter. Wer sich die Mühe gemacht hätte, die öffentlichen Dokumente einzusehen, hätte das nicht eine Minute lang geglaubt. Sobald die Sowjetunion zusammenbrach, veröffentlichte die Bush-Administration (der erste Bush) zunächst einen neuen Verteidigungshaushalt und einen neuen Sicherheitsplan. Die sind äußerst interessant – aber niemand las sie, obwohl sie öffentlich zugänglich sind. Ihre Kernaussage war, dass wir den Militärhaushalt so etwa wie bisher aufrechterhalten müssen. Auch ohne Russen. Und der Grund dafür ist – ich erfinde das nicht – die technologische Raffinesse der Drittweltmächte. Deshalb brauchen wir diese riesige Maschine, die in fünf Minuten die

ganze Welt in die Luft jagen kann. Hat jemand gelacht? Niemand hat auch nur hingeschaut.

Dann stand da, dass wir Kriege führen werden, aber nun gegen viel schwächere Feinde. Die müssen wir schnell und entscheidend besiegen, sonst wird uns das schaden. Sie behandelten den Nahen Osten, den Hauptfokus der US-Eingreiftruppen nach der Carter-Doktrin oder sogar schon vorher. Und es hieß, dass wir auf den Nahen Osten gerichtete Eingreiftruppen beibehalten müssten. Dann kam diese interessante Wendung „wo Bedrohungen unserer Interessen nicht dem Kreml zugeschrieben werden können.“ Mit anderen Worten: „Sorry, Leute, wir haben euch 50 Jahre lang belogen, es waren gar nicht die Russen.“ Was uns bedroht ist was sie radikaler Nationalismus nennen, unabhängiger Nationalismus, der sich nicht unseren Zielen anpasst. Dafür brauchen wir jene Eingreiftruppen. Das war natürlich schon immer der wahre Grund gewesen – aber die ganzen 60 Jahre vorher hatte man immer auf die Bedrohung durch die Russen verwiesen. „OK, da haben wir halt einen Fehler gemacht.“ Man kann die Verantwortung nicht dem Kreml zuschreiben wenn’s keinen Kreml mehr gibt. Trotzdem müssen wir genau so weitermachen wie vorher.

Und fast genauso lief es dann auch. Wenige Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer [9. November 1989] marschierten die USA in Panama ein [20. Dezember 1989]. Eine ziemlich normal imperiale Intervention, die Tausende von Menschen tötete, vor allem arme Menschen. Es ging darum, einen Kerl zu entführen, der tatsächlich ein Verbrecher war, allerdings einer, den die USA an die Macht gebracht hatten: Noriega. Sie haben ihn auch unterstützt, etwa durch gefälschte Wahlen. Doch er machte einen Fehler, er fing an, Befehle zu verweigern. So etwas nehmen wir nicht hin. Schließlich sind wir die Mafia. Wenn der Befehle missachtet, macht ihn einen Kopf kürzer. So schickten sie Truppen nach Panama, entführten ihn, stellten ihn vor ein amerikanisches Gericht usw., setzten sich über UN Beschlüsse mit Veto hinweg. Hat sich jemand dran gestört? Genau.

Einige Monate später [2. August 1990] fiel Saddam Hussein in Kuwait ein. Er hatte tatsächlich Grund zur Behauptung, dass Kuwait irakisches Öl gestohlen hatte. Der Irak hatte die arabische Welt in einem langen Kampf gegen den Iran verteidigt, jetzt raubten sie irakisches Öl – zugegeben, keine Rechtfertigung für eine Invasion, aber ein viel ernsthafteres Argument als im Fall Panama. Während der Invasion wurden laut Human Rights Watch etwa 800 Menschen getötet, deutlich weniger als in Panama. Die USA sahen eine Gelegenheit. Jetzt können wir wirklich unsere Macht demonstrieren. Schon wenige Wochen nach der Invasion brutzelte es. Eine Menge Vortäuschungen über eine drohende Invasion Saudi-Arabiens und die Übernahme des Öls - Lügenmärchen. Aber innerhalb von Wochen nach dem Übergriff war klar, dass Saddam verstanden hatte, dass er einen Fehler gemacht hatte. Er bot an, unter bestimmten Bedingungen über einen Rückzug zu verhandeln. All dies war bekannt, Berichte sickerten aus dem Außenministerium durch. Die

Presse wollte damit nichts zu tun haben.

Ich erzähle Ihnen eine persönliche Geschichte. Damals stand ich den Redakteuren des *Boston Globe* ziemlich nahe. Das war damals die liberalste Zeitung des Landes; seitdem ist sie fast verschwunden. Ich fragte sie, ob ich einen Artikel über die Gerüchte aus dem Außenministerium veröffentlichen dürfe, die darauf hindeuteten, dass es eine Verhandlungslösung geben könnte. Wir waren befreundet, damals. Sie sagten ja, das geht, aber erst nach dem Angriff der USA. In der Tat veröffentlichten sie meinen Artikel direkt nach der Invasion im Januar [1991]. Das ist gleich nach dem Untergang der Sowjetunion. Nichts hat sich geändert. Eigentlich ist es noch extremer geworden.

In El Salvador gab es ein Elitebataillon „Atlatl“, das, von den USA ausgebildet und ausgerüstet, schon viele Gräueltaten verübt hatte. Einige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer – es war gerade aus den USA zurückgekehrt, wo es von US-Spezialeinheiten eine Zusatzausbildung erhalten hatte – brach das Bataillon [am 16. November 1989] in die Jesuitenuniversität ein, ermordete sechs führende lateinamerikanische Intellektuelle, Jesuitenpriester, sowie auch deren Haushälterin und ihre Tochter, um sicherzustellen, dass es keine Zeugen geben würde. Es stellte sich heraus, dass dies auf Befehl der salvadorianischen Regierung geschah, einer Regierung, die wir unterstützten und mit der die US-Botschaft in engem Kontakt stand. Kann sich irgendjemand an die Namen der Opfer erinnern?

Wäre das in Osteuropa passiert, hätte es massive Proteste gegeben. Aber dass wir sechs führende lateinamerikanische Intellektuelle, Jesuitenpriester, ermordeten, wer weiß das schon? Das war einige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer. Nichts geschah. Und das ist kein Einzelfall. Dieses Verbrechen schloss das Jahrzehnt der 1980er Jahre ab, das begonnen hatte mit der Ermordung eines Erzbischofs, als er eine Messe zelebrierte, Erzbischof Romero [4. März 1980]. Dieselben Mörder, alles mit Unterstützung der USA. Ist das bekannt? Es gab erheblich geringfügigere Vorfälle in Osteuropa, die riesige Schlagzeilen machten. Wenn Feinde etwas anstellen, dann blas es auf, wenn wir es tun Man könnte viele Fälle dieser Art aufzählen.

Betrachten wir Trumps jüngsten Verrat an den Kurden in Syrien. Verrat an Kurden ist praktisch eine Amtsqualifikation in den USA. Jeder Präsident, einer nach dem anderen. Ronald Reagan zum Beispiel war Präsident als sein Freund Saddam Hussein, den die USA unterstützten, Giftgasangriffe gegen irakische Kurden in Halabdscha und andere große Gräueltaten durchführte. Wie hat die Regierung reagiert? Nun, der Kongress versuchte zu protestieren und Reagan legte sein Veto ein. Reagan und seine Regierung versuchten, es dem Iran anzukreiden, um Saddam Hussein zu schützen. Später, als sie in den Irak einmarschieren wollten, nannten sie es als einen Grund für die Invasion: „Schaut euch diesen schrecklichen Schuft an.“ Und so geht es immer weiter. Es ist beinahe automatisch.

1939 kann man's ja noch verstehen, aber seitdem ist es genauso weitergegangen. Manchmal, etwa beim Zusammenbruch der Sowjetunion, gab es leichte Strategieänderungen, aber nichts grundsätzlich Neues.

Na ja, das ist die eine Seite. Auf der anderen hatte man mächtige Protestbewegungen. Die Bewegung gegen den Krieg in Indochina hat viele Jahre gebraucht, um sich zu entwickeln, und viel zu lang gewartet. Aber letztendlich wurde sie doch groß genug, um Nixons Eskalationsbemühungen einzuschränken und wahrscheinlich zu beenden.

TP: Nun ist die Zeit, die uns bleibt, sehr begrenzt, wie Sie vorhin gesagt haben. Wir haben wenig Zeit übrig und...

NC: ...wir haben fast gar keine Zeit mehr. Die Zerstörung Indochinas war schlimm genug, aber nun geht es ums Überleben der Menschheit. Das liegt jetzt in unseren Händen, und es ist ein großer Skandal, dass die Führung in diesem Kampf Teenagern zufällt. Wo ist der Rest von uns? Greta Thunberg? OK, ein wunderbarer Mensch. Aber warum ein 16-jähriges Kind? (Ja. In der Tat) Und wissen Sie, wenn sie vor der UN aussagt, nickt jeder mit dem Kopf und klopft ihr auf die Schulter; sehr schön gemacht. Und dann geht es genauso weiter wie bisher.

TP: Also, noch einmal die Frage, wie optimistisch sind Sie, dass die Menschheit diese Probleme tatsächlich überwinden kann oder überwinden wird?

NC: Wissen Sie, das ist wirklich nicht die richtige Frage. Man hat zwei Optionen. Man kann entscheiden, dass alles hoffnungslos ist, aufgeben und dadurch sicherstellen, dass das Schlimmste kommen wird. Oder man kann versuchen, bestehende Chancen – und solche gibt es – zu nutzen und sich diesen widmen. Vielleicht schafft man dadurch eine bessere Welt. Das war schon immer die Alternative – egal was passiert, es ist doch alles sinnlos.

TP: Gut, dann kommen wir zur nächsten Frage. Mit allem, was Sie in den letzten 50 Jahren progressiver Politik gelernt haben, welchen Rat würden Sie der nächsten Generation geben? Wie können sie erfolgreicher sein als Ihre eigene Generation? Sollten sie eine fokussiertere Bewegung anstreben, die die großen politischen Übel in einer bestimmten plausiblen Reihenfolge bekämpft? Wenn ja, welches ist das zentrale Problem, auf das progressive politische Energien jetzt konzentriert werden sollten?

NC: Oh, ich denke, es gibt Gefahren. Es gibt immer die Tendenz zum Abenteuerum, dass man die Konsequenzen seines Handelns nicht durchdenkt, sondern handelt, weil man denkt, dass die Probleme so schrecklich sind, dass man einfach handeln muss. Nehmen wir zum Beispiel die Weathermen gegen Ende des Vietnamkriegs. Jugendliche, nette Leute, ich kannte viele von ihnen. Sie waren erschüttert über den Krieg, fanden ihn so schrecklich, dass sie es für notwendig hielten, auf die Hauptstraßen zu marschieren, Fenster

einzuwerfen, Banken anzugreifen und so weiter. Die Vietnamesen waren schockiert. Ich erinnere mich an Treffen mit Vietnamesen, wo sie mich baten, denen das auszureden. Was Vietnamesen wollten, waren milde Proteste, so milde, dass die Friedensbewegung darüber lachte. Den Vietnamesen war es nämlich egal, was die Amerikaner fühlten. Sie wollten überleben. Und sie verstanden, dass Handlungen im Stil der Weathermen die Unterstützung des Krieges nur verstärken würden. „Vielleicht fühlt ihr euch besser, aber wir nicht. Uns wird man umbringen.“ Das passiert ständig. Und besonders bei jungen Menschen liegt es nahe. Sie regen sich auf und wollen etwas Wildes machen. Man muss bei den Taktiken, die man anwendet, sorgfältig die Folgen durchdenken. Die Entscheidung für eine Taktik ist nicht trivial. Da hängen menschliche Folgen dran: an der Taktik, die du wählst. Und man kann heute viele Fälle finden, wo das nicht sorgfältig und angemessen durchdacht wird.

Die zweite Sache, auf die man achten sollte, ist Unterwanderung. Wir lernten in der Antikriegsbewegung der 60er Jahre sehr schnell, dass fast jede Gruppe von Regierungsagenten infiltriert war. Es war nicht schwer, die zu identifizieren. Wenn jemand nach Hollywood-Version eines Hippies gekleidet war und sagte, "Lass uns die Polizei fertigmachen", dann konnte man ziemlich sicher sein, dass er bald bei einem Prozess auftauchen und für die Regierung aussagen würde. Trotzdem mussten wir vorsichtig sein. Wenn wir etwas Heikles unternahmen, bei dem Menschenleben auf dem Spiel standen, wie zum Beispiel Deserteure aus dem Land schmuggelten, taten wir es immer in Gruppen von Leuten, die einander gut kannten, weil man Regierungsagenten nie mit absoluter Sicherheit identifizieren konnte. Solche sind immer dabei; auch heute, da bin ich sicher. Wenn Proteste gewalttätig werden, werde ich sofort misstrauisch. Das war in der Vergangenheit immer ein Versuch offizieller Akteure, den Pegel der Gewalt zu erhöhen, Volksbewegungen zu diskreditieren und Gegenbewegungen aufzubauen. Sie lenken Debatten und Diskussionen in Richtung auf Gewalt, wo die Mächtigen gewinnen. Auf diese Dinge muss man achten.

Eine andere Sache ist die sogenannte Identitätenpolitik. Die ist völlig verständlich, das sind wichtige Probleme. Aber das muss mit anderen koordiniert werden. Menschen, die sich einem bestimmten Thema verschrieben haben, etwa der Polizeibrutalität gegen schwarze Jugendliche, müssen mit anderen zusammenarbeiten können, die andere Anliegen verfolgen. Das wird manchmal Intersektionalität genannt. Man muss geteilte Zwecke verfolgen und, wo nötig, die eigenen Interessen zugunsten anderer zurückstecken können. Das alles sind Fallstricke, die bei jeder Art von Aktivismus auftreten. Damit kann man fertigwerden.

Eine weitere Falle, die Regierung und Establishment uns immer stellen, besteht in der Verlockung, politischen Aktivismus darauf zu reduzieren, dass man alle vier Jahre zur Wahl geht und dann wieder nach Hause. Sehen Sie sich die liberalen Medienberichte über Bernie Sanders an. Es ist ganz klar. Die hassen ihn. Die New York Times z.B.

veröffentlichte vor ein paar Tagen einen Artikel über das Establishment der Demokratischen Partei, darüber, dass die sich nicht sicher sind, ob ihre Kandidaten wirklich die richtigen sind. Möglicherweise solle man Hillary Clinton oder irgendwen noch dazu holen. Und dann ging man die führenden Kandidaten der Demokratischen Partei durch: Joe Biden, Elizabeth Warren, Pete Buttigieg. Fehlt da nicht einer? Sanders ist verhasst. Und das nicht wegen seines Programms, sondern weil er ein wichtiges Tabu verletzt hat: Er hat eine Volksbewegung organisiert – eine Volksbewegung, die sich nicht nur auf Wahlen konzentriert, sondern permanent aktiv ist, wie etwa diejenigen, die in den Kongress vorgedrungen sind und den Grünen New Deal auf die Agenda gehievt haben. Von sowas sollte das Volk die Finger lassen.

Dies geht weit zurück in die Geschichte, zur Formulierung der Verfassung, zum britischen Bürgerkrieg, zur britischen Glorious Revolution im 17. Jahrhundert. Der Pöbel, wie man ihn nennt, hat seinen Platz. Das sind Zuschauer, nicht Teilnehmer. So sagen die liberale Demokratietheorie, Walter Lippmann, die Begründer der modernen Politikwissenschaften und so weiter: „Ihr kennt eure Rolle. Ihr seid nicht zum Regieren da, das ist unsere Aufgabe.“ Es ist sehr wichtig, diese Rollenverteilung aufzubrechen. Wenn Volksbewegungen effektiv sein sollen, müssen sie kontinuierlich arbeiten. Natürlich können sie an Wahlen teilnehmen, aber das ist nur ein kleiner Teil ihrer Aufgabe. Andere Aktivitäten sind wichtiger. Das ist ein weiterer Fallstrick, vor dem man sich hüten muss.

Ansonsten ist mein Rat naheliegend. Es gibt existenzielle Probleme, die im Vordergrund stehen müssen. Solange die nicht gelöst sind, ist alles andere unbedeutend. Wenn wir die Gefahr eines Atomkriegs nicht bannen oder abmildern, und auch die Gefahr einer Umweltkatastrophe, dann ist unwichtig was sonst noch passiert, weil in ein paar Jahrzehnten sowieso alles vorbei sein wird. Also müssen diese Probleme an allererster Stelle stehen, und dann alles andere.

Wie die Leute, die die Weltuntergangsuhr gestellt haben, betonten, ist auch der Verfall demokratischer Strukturen und der Zusammenbruch der Nachrichtensysteme ein großes Problem. Dadurch entstand ein mächtiges totalitäres Instrument, das wirksames Handeln zur Lösung der großen Probleme blockiert. Das ist also zu überwinden. Dazu gehört das Problem massiver Ungleichheit in Europa, wo sie wirklich extrem ist, wo der Bevölkerung politische Entscheidungen fast völlig weggenommen wurden. Fast alles wird von einer nicht-gewählten Bürokratie in Brüssel entschieden. Das ist heute Teil der Struktur der Europäischen Union. Kein Wunder, dass die Leute verärgert und aufgebracht sind. Einflussmöglichkeiten werden ihnen entzogen; dazu kommen die hoch-destruktiven Sparmaßnahmen, für die es keine seriöse ökonomische Begründung gibt. Die machen Gesellschaften kaputt – noch immer reiche Gesellschaften, wohlgemerkt, die durch traditionelle Sozialleistungen einigen Schutz gewähren, aber doch durch jene Sparmaßnahmen beschädigt werden. In den USA ist es schlimmer, weil die sozialen

Einrichtungen viel schwächer sind.

Anpacken müssen wir all diese Probleme zusammen mit anderen wie Sexismus, Misogynie, hysterischem Immigrantenhass, Kindern in Konzentrationslagern an der Grenze nicht weit von hier [Tucson]. All diese Dinge müssen angepackt werden, aber sie hängen alle miteinander zusammen, beeinflussen sich wechselseitig. Wo man sich einbringt, hängt von persönlichen Interessen und Betroffenheiten ab, davon, was einen anspricht, wozu man sich für geeignet hält. Bei solchem Engagement muss man die Berechtigung paralleler Anliegen im Auge behalten, mit denen man hoffentlich zusammenarbeiten kann. Keine leichte Aufgabe; und es ist – nochmal – ein Skandal, dass sie Teenagern zufällt.

TP: Wirkung ist also offensichtlich ein wichtiges Desideratum – wo kann ich am meisten ausrichten? Aber es gibt auch andere Desiderata. Ein Zweck heiligt nicht immer die Mittel, könnte man sagen. Auch haben Sie viel Zeit darauf verwendet, eine Art Geschichtszeuge zu sein, indem Sie Informationen und Beweismaterialien darüber gesammelt haben, was wirklich passiert ist, um die offizielle Geschichte richtig zu stellen, auch wenn das den Opfern in dem betreffenden Fall nichts mehr nützen konnte. Wie gewichten Sie diese verschiedenen Desiderata? An welchem Maßstab habe Sie Ihr politisches Handeln ausgerichtet?

NC: Es gibt einige beinahe triviale Maßstäbe, so etwa, dass die großen existenziellen Probleme immer im Vordergrund stehen müssen. Aber was man als Einzelner tut, hängt von den persönlichen Eigenheiten ab. Bei welchem Problem glauben Sie, etwas ausrichten zu können? Vielleicht können Sie etwas in Ihrer Nachbarschaft verbessern? Dann tun Sie das. Es gibt kein allgemeines Prinzip. Kann es nicht geben.

TP: Meine Frage betrifft Sie persönlich, wie haben Sie das gelöst?

NC: Das ist sehr schwer zu sagen. Warum habe ich mir zum Beispiel Osttimor ausgesucht? Wissen Sie warum? Weil ich kaum etwas darüber wusste. Es wurde nichts darüber berichtet. Aber es gab, wie so oft, zwei oder drei junge Leute – Doktoranden in einem Ostasienprogramm, dem besten, an der Cornell [Universität], Studenten von George Cahill, einem großen Südostasienexperten. Sie erfuhren von der Situation in Osttimor und waren entsetzt. Arnold Cohen war der Hauptakteur, der zehn Nobelpreise verdient hätte, wenn sie denn etwas bedeuteten. Er begann, Unterstützung für Osttimor zu organisieren. Er kontaktierte mich, sprach über das Thema bei einigen Treffen und verfolgte es weiter. Er ist fast unbekannt; aber es ist hauptsächlich sein persönliches Verdienst, dass es nun endlich vorbei ist. Er hielt sich absichtlich im Hintergrund. Als ich mich engagierte, wenn man bei einer solchen Sache auch nur ein klein wenig einsteigt, man fängt Feuer, egal was es ist, so dramatisch sind die.

Da besucht man, wie ich das tat, ein armes Dorf im Süden Kolumbiens, Stunden entfernt

von der Panamericana. Ich erreiche das Dorf über einen Feldweg, der an einem kleinen Friedhof mit Holzkreuzen vorbeiführt, wo Dorfbewohner von US-unterstützten paramilitärischen Einheiten niedergemetzelt worden waren. Ich komme ins Dorf, spreche mit den Menschen. Menschen, die versuchen, den Berg in der Nähe ihres Dorfes vor Übernahme durch kanadische Bergbauunternehmen zu schützen, die ihre Landwirtschaft, ihre Wasserversorgung und so weiter zerstören würden. Verbringen Sie ein paar Stunden so, und das Problem wird Sie nicht mehr loslassen. Dasselbe gilt für fast alle solche Probleme. Gehen Sie in die Innenstadt und verbringen Sie Zeit mit Obdachlosen. Wo immer man hinschaut, gibt es Probleme, die so packend und dramatisch sind, dass man sich einfach engagieren muss. Irgendwie entscheidet man sich. Man kann nicht alles machen, also versucht man, sich das herauszusuchen, was einem irgendwie wichtig ist.

TP: Sie erwähnten bereits den unerbittlichen Anstieg von Ungleichheit, im Vermögen. Auch sagten Sie, dass solche Ungleichheit Demokratie und jede Art von politischer Gleichheit unterhöhlt. Wie kann man das wieder zurückfahren? Wie können wir zu einer Welt kommen, die....?

NC: Es gibt viele Möglichkeiten, die gar nicht so mysteriös sind. Zum Beispiel eine Vermögenssteuer. Nicht wie die in Europa, die nicht funktionierte, es gab zu viel Vermeidung. Aber es geht auch ohne all die Vermeidungsmöglichkeiten, die Europa eingebaut hatte. Das wäre wirklich machbar, denke ich. Zucman und Saez, über die wir schon sprachen, haben sehr detaillierte Pläne für so etwas. Das würde einen Unterschied machen.

TP: Könnte man das politisch durchsetzen? Es durch den Kongress bringen?

NC: Das hängt von der Stärke der Volksbewegung ab. Alles lässt sich durchsetzen, wenn man genug Unterstützung von der Bevölkerung hat. Man muss die Kongressabgeordneten dafür gewinnen. Egal, wieviel Geld denen zugesteckt wird, letztlich brauchen sie Wählerstimmen. Also, man kann's durchkriegen. Aber es wird nicht einfach sein.

Eine Finanztransaktionssteuer wäre sehr sinnvoll. Sie würde viel Geld einbringen. Sie würde Aktivitäten im Finanzsektor reduzieren, welche destruktiv und räuberisch sind. Zum Beispiel, ob man einen Handel eine Mikrosekunde vor dem Kerl auf der anderen Straßenseite machen kann. All das; vielerlei.

Was Steuern anbelangt, da ist die öffentliche Meinung seit Jahren sehr ausgeprägt. Seit etwa 40 Jahren gibt es Umfragen in den USA zu Steuern. Im Wesentlichen stellte man zwei Fragen: Finden Sie, dass Ihre Steuern zu hoch sind? Alle sagen: Ja. Finden Sie, dass die Steuern für die Reichen zu niedrig sind? Alle sagen: Ja. Schauen Sie sich's mal an, es gibt ein paar Artikel dazu in der politikwissenschaftlichen Literatur. Die Medien berichten

nur das erste: Dass die Steuern für überhöht gehalten werden.

Das ist ein sehr interessantes Ergebnis – ein Maß dafür, ob eine Demokratie funktioniert. In einer funktionierenden Demokratie, würden Menschen den Tag feiern, an dem sie ihre Steuern zahlen: "Großartig. Dies ist der Tag, an dem wir Entscheidungen darüber treffen, was in unserer Gesellschaft zu tun ist und wie viel jeder dazu beitragen soll. Jetzt werden diese Entscheidungen umgesetzt. Das sollten wir feiern." Je stärker Steuern abgelehnt und gefürchtet werden, desto schlechter funktioniert eine Demokratie. Man sagt: Von Tod und Steuern gibt es kein Entrinnen. Daran sieht man, dass wir nicht in einer Demokratie leben. Das ist ein sehr einfaches Kriterium. Daran, dass Menschen ihre Steuern für überhöht halten, sieht man, dass wir kein Vertrauen haben in das, was mit unseren Steuergeldern gemacht wird. Die Typen da oben treffen Entscheidungen, mit denen wir nichts zu tun haben. Sie bestehlen uns, nicht wahr? Wir müssen uns zu einer Gesellschaft hinbewegen, in der wir uns freuen an unseren gemeinsamen Entscheidungen darüber, wie unsere Gesellschaft wirksam laufen soll. Ich will, dass meine Schulen gut laufen. Ich will einen Park. Ich will auf den Straßen fahren können. Großartig. Davon sind wir sehr weit entfernt.

TP: Globalisierung verstärkt natürlich das Ungleichheitsproblem noch, weil die Reichen verschiedene Länder gegeneinander ausspielen, ihr Geld in Ausland schaffen und eine andere Staatsbürgerschaft annehmen können.

NC: Das war das Problem mit der europäischen Vermögenssteuer. Sie wurde so eingerichtet, dass jemand in Frankreich vorgeben konnte, in Luxemburg zu leben. Aber das muss nicht sein. Man kann das einschränken. So wird beispielsweise im US-System – theoretisch, durchsetzen tut man es nicht – ein US-Bürger unabhängig vom Aufenthaltsort besteuert. Jemand kann immer noch seine Staatsbürgerschaft aufgeben, aber wenige sind bereit, das zu tun, nur um ein wenig Geld zu sparen.

Steueroasen werden durch die Politik eingerichtet. Das ist kein Naturgesetz. Sie saugen Billionen von Dollar auf. Nach manchen Schätzungen etwa 20 Billionen Dollar. Apple Computer, die größte Firma, ist dabei. Ihre Unternehmenszentrale ist in Irland, wo sie wahrscheinlich ein Büro in der Größe von meinem und eine Schreibkraft hat. Das muss nicht so sein. All das könnte man ändern. Aber sicherlich gibt es Hindernisse, wie die, über die wir bereits gesprochen haben. Die exorbitanten protektionistischen Regeln der Welthandelsorganisation, radikale Anti-Freihandel Abkommen, geistige Eigentumsrechte, stark verschärfte Patentrechte. Wären solche Regeln vor 200 Jahren Teil des internationalen Systems gewesen, würden die USA Fisch und Pelze exportieren, sich nicht entwickeln können. Solche Regeln sollte es nicht geben.

Anhänger beider Parteien hier in den USA protestieren viel gegen China, weil es geistige Eigentumsrechte missachte. Die Bevölkerung sollte froh sein! Wer profitiert davon, dass es

exorbitante Patente auf Arzneimittel gibt? Nicht die Menschen, die leiden darunter. Die Pharmafirmen erwirtschaften noch unmäßigere Profite, als das unter einem vernünftigen System der Fall wäre. Sie haben die Sache im Griff. Sie verstehen das.

Tatsächlich ist der Angriff auf China äußerst interessant. Die zentrale Parole ist, dass China unsere Arbeitsplätze stiehlt. Denken Sie eine Sekunde darüber nach. Hält die chinesische Regierung eine Pistole an den Kopf von Apple und zwingt sie zu Investitionen? Oder Boeing, oder IBM? Nein. Die Leute, die unsere Jobs wegnehmen, sind die Bankiers und Investmentmanager in New York und Chicago, die diese Unternehmen leiten. Die sollten wir kritisieren, nicht China. Viele dieser Dinge sind einfach. Sobald man es klarstellt, versteht es jeder. Man muss nur diese dünne Schicht irreführender Propaganda entfernen. Gib Leuten einen freien Blick auf die Welt, dann können sie sehr wohl verstehen, dass sie viele Handlungsmöglichkeiten haben.

TP: Gut. Ich denke, wir müssen langsam zum Abschluss kommen. Ich möchte Ihnen sehr herzlich danken, dass Sie uns Ihre Zeit und Antworten auf diese Fragen gegeben haben. Mit etwas Glück können wir am Tag der Veranstaltung noch weiter diskutieren. Wir werden sehen.

NC: Leider muss ich nun zum nächsten Termin.

TP: Ja, das ist in Ordnung. Vielen Dank.

NC: Es war schön, Sie zu sehen.

ENDE